



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 17. Oktober 2022
(OR. en)

13184/22
ADD 1
LIMITE
PV CONS 57
ECOFIN 960

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Wirtschaft und Finanzen)
4. Oktober 2022

INHALT

Seite

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

5.	Wirtschaftliche und finanzielle Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine.....	3
6.	Hohe Energiepreise und Finanzmärkte: Sachstand	3
7.	Wirtschaftliche Erholung in Europa.....	3
	a) Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität	
	b) Durchführungsbeschlüsse des Rates im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität	
8.	Vorbereitung des Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 am 12./13. Oktober 2022 und der Jahrestagungen des IWF: EU-Mandat und Erklärung für den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC)	3
9.	Schlussfolgerungen zur Finanzierung der Klimapolitik im Hinblick auf die 27. Konferenz der Vertragsparteien (COP 27) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Scharm El-Scheich vom 6. bis 18. November 2022	4
10.	Fiskalische und nichtfiskalische Rolle des Zolls in der EU	4
11.	Sonstiges.....	4
	Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen	
ANHANG – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....		5

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

5. Wirtschaftliche und finanzielle Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine *Gedankenaustausch*

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine.

6. Hohe Energiepreise und Finanzmärkte: Sachstand *Vorstellung durch die Kommission und Gedankenaustausch*

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über mögliche politische Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Zusammenhang mit der hohen Volatilität und den steigenden Energiepreisen.

7. Wirtschaftliche Erholung in Europa

a) Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität *Vorstellung durch die Kommission und Gedankenaustausch*

b) Durchführungsbeschlüsse des Rates im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität *Annahme*

 12275/22 + ADD 1
(*)

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über den Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität und nahm den Durchführungsbeschluss zur Billigung der von der Kommission vorgelegten Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans der Niederlande an.

8. Vorbereitung des Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 am 12./13. Oktober 2022 und der Jahrestagungen des IWF: EU-Mandat und Erklärung für den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) *Billigung*

12367/22
12368/22

Der Rat billigte das EU-Mandat für das Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 am 12./13. Oktober 2022 und die Erklärung für den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss.

9. Schlussfolgerungen zur Finanzierung der Klimapolitik im Hinblick auf die 27. Konferenz der Vertragsparteien (COP 27) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Scharm El-Scheich vom 6. bis 18. November 2022

12478/22 + ADD 1

Billigung

Der Rat billigte die Schlussfolgerungen zur Finanzierung der Klimapolitik im Hinblick auf die 27. Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC (COP 27).

Eine Erklärung zu diesem Punkt ist im Anhang wiedergegeben.

10. Fiskalische und nichtfiskalische Rolle des Zolls in der EU

12527/22

Gedankenaustausch

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die Rolle der EU-Zollbehörden beim Schutz der finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der EU, bei der Gewährleistung der Sicherheit von Waren, die in die EU oder aus der EU verbracht werden, und bei der Erleichterung des Handels.

11. Sonstiges

Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen

Informationen der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis vom Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen.



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

(*)

Punkt, zu dem eine Abstimmung beantragt werden kann.

Erklärungen zu den nicht die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 12814/22

Zu B- Punkt 9:

Schlussfolgerungen zur Finanzierung der Klimapolitik im Hinblick auf die 27. Konferenz der Vertragsparteien (COP 27) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Scharm El-Scheich vom 6. bis 18. November 2022
Billigung

ERKLÄRUNG UNGARNS

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Grundrecht in den Verträgen der Europäischen Union verankert. Ungarn gewährleistet die Gleichstellung von Frauen und Männern im ungarischen Rechtssystem, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsverträgen und im Rahmen der Grundwerte und -prinzipien der Europäischen Union. Daher wird Ungarn Formulierungen, die den Begriff „Geschlecht“ enthalten, im Einklang mit Artikel 10, Artikel 19 Absatz 1 und Artikel 157 Absätze 2 und 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union als Bezugnahme auf das biologische Geschlecht auslegen.“

Erklärungen zu den nicht die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 12816/22

Zu A-Punkt 9: **Delegierte Richtlinie (EU) der Kommission vom 29.6.2022 zur Änderung der Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Rücknahme bestimmter Ausnahmen in Bezug auf erhitzte Tabakerzeugnisse**
Delegierter Rechtsakt – Absicht, keine Einwände zu erheben

GEMEINSAME ERKLÄRUNG BULGARIENS, ZYPERNS, GRIECHENLANDS UND ITALIENS

„Bulgarien, Zypern, Griechenland und Italien bekräftigen, dass der von der Kommission vorgeschlagene delegierte Rechtsakt tiefgreifende Auswirkungen auf die Regeln für erhitzte Tabakerzeugnisse hat.

Wie bereits erwähnt, sind wir nicht davon überzeugt, dass eine derart komplexe und umfassende Reform im Wege eines delegierten Rechtsakts eingeführt werden könnte.

Unbeschadet unserer Bewertung der inhaltlichen Aspekte des Kommissionsvorschlags gehen die neuen Regeln, die sich aus der delegierten Verordnung ergeben, unseres Erachtens über die delegierte Befugnis gemäß der Richtlinie 2014/40/EU hinaus und umfassen wesentliche Elemente, die den europäischen Gesetzgebern vorbehalten sind und daher dem ordentlichen Verfahren zur Überprüfung der Rechtsvorschriften unterliegen sollten. Insbesondere überschreitet die Kommission durch die Aufnahme einer Definition des Begriffs „erhitzte Tabakerzeugnisse“ in die delegierte Verordnung (siehe Artikel 1, mit dem Artikel 7 Absatz 12 der Richtlinie 2014/40/EU dahingehend geändert wird, dass die genannte Begriffsbestimmung in einen zweiten Unterabsatz eingefügt wird) nach unserer Auffassung die Grenzen der ihr durch die Richtlinie 2014/40/EU übertragenen Befugnisse (Artikel 7 Absatz 12 bzw. Artikel 11 Absatz 6).

Darüber hinaus halten wir angesichts des Umfangs der für die Behörden eingeführten Verpflichtungen und des damit verbundenen Aufwands die im Rechtsakt vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen für unrealistisch.

Bulgarien, Zypern, Griechenland und Italien teilen daher die Besorgnis, dass diese Nutzung der übertragenen Befugnis durch die Kommission problematisch ist und das interinstitutionelle Gleichgewicht auf den Prüfstand stellt, was für alle Beteiligten Rechtsunsicherheit schafft und zu Schwierigkeiten in der Praxis führt. Dieser Rechtsakt ist nicht als regulatorischer Präzedenzfall zu betrachten.“